

Stellungnahme des Deutschen Instituts für Urbanistik, Berlin (Difu) zur öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" am 12. Mai 2001 zum Thema "Bürgerschaftliches Engagement auf kommunaler Ebene"

Teil I „Bürgerschaftliches Engagement im Kontext des Programms „Soziale Stadt“

Thomas Franke/Dr. Rolf-Peter Löhr, Deutsches Institut für Urbanistik

1. Ansatz und Ziele des Programms „Soziale Stadt“: Integrative Stadtteilentwicklung

Angesichts zunehmender sozialräumlicher Polarisierung in vielen deutschen Städten und aus der Erkenntnis heraus, die komplexen Problemlagen in benachteiligten Stadtteilen nicht mehr mit herkömmlichen, sektoral ausgerichteten Politik- und Verwaltungsansätzen lösen zu können, wurde im Juli 1999 das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ (kurz: Programm „Soziale Stadt“) gestartet, mit dem versucht werden soll, im Sinne eines neuen Politikansatzes integrierte Problemlösungsstrategien zu entwickeln und zu fördern. Dabei sollen nicht nur „klassische“ investive Projektfinanzierungen ermöglicht, sondern vor allem Selbsthilfe und Eigeninitiative der Betroffenen und damit wesentliche Entwicklungspotenziale vor Ort angeregt und unterstützt werden.

Im Mittelpunkt des Programms stehen die Bündelung der Finanzmittel und die Zusammenarbeit verschiedener Ressorts für eine ganzheitliche Stadtteilentwicklung. Die Städtebauförderung ist als Leitprogramm mit anderen stadtentwicklungspolitisch relevanten Politikfeldern zu einem neuen integrativen Ansatz zu verknüpfen, wozu Ressortgrenzen überwunden und die unterschiedlichen Behörden sowie Einrichtungen miteinander vernetzt werden müssen. Die entsprechenden Einzelprogramme sowie das Ressorthandeln in den Kommunen sollen sich auf einzelne Stadtteile beziehen (sozialräumliche Ausrichtung) und miteinander harmonisiert werden. Entscheidend für ein erfolgreiches Vorgehen sind die Aktivierung, Mitwirkung und Mitentscheidung von Bewohnerschaft und (lokaler) Wirtschaft sowie die Erprobung dafür notwendiger neuer Handlungs-, Management- und Organisationsformen.

2. Bürgerschaftliches Engagement und integrierte Stadtteilentwicklung

Neben den institutionell garantierten, „konventionellen“ Möglichkeiten der (politischen) Beteiligung sind es vor allem informelle, „unkonventionelle“ Formen politischen und bürgerschaftlichen Engagements, die in den Stadtteilen Entwicklungen „von unten“ wesentlich tragen und prägen: Vereine, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und die „neuen sozialen Bewegungen“ stellen eine wichtige Ressource für integrierte Stadtteilentwicklung dar. In ihnen formieren sich bürgerschaftliches Engagement, bürgerschaftliche Selbsthilfe und advokatische Interessenvertretung. Sie sind Repräsentanten einer (kritischen) Öffentlichkeit, Korrektiv sowie Innovationspotenzial für Politik und Verwaltung und vertreten unmittelbar Interessen „von unten“.

Inzwischen agiert eine Vielzahl von Vereinen, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und sozialen Bewegungen auch mit einem lokalen Bezug, oftmals aber nebeneinander her und ohne wirkliche Kooperation. Ein Beispiel hierfür ist das Nebeneinander von stadtteilbezogenen Bürgerinitiativen und Lokale-Agenda-21-Gruppen sowie sektoral ausgerichteten und nicht ganzheitlich auf die Stadtteilentwicklung ausgerichteten Planungszellen und Projektinitiativen. Nicht organisierte Bürgerinnen und Bürger sowie die lokale Ökonomie als Basis für die Schaffung und Stabilisierung von Arbeitsplätzen sowie als Anknüpfungspunkt für Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen bleiben meist weitgehend unberücksichtigt.

3. Gebietsbezogene Beteiligung und Aktivierung von Quartiersbevölkerung und lokaler Wirtschaft

Vor diesem Hintergrund besteht eine wesentliche Innovation, die von dem Programm „Soziale Stadt“ ausgehen soll, in der Schaffung ganzheitlicher quartiersbezogener Beteiligungsstrukturen, der quartiersbezogenen Vernetzung lokaler Initiativen und Organisationen, der Erschließung der spezifischen Problemlösungskompetenzen auch bisher nicht organisierter Bürgerinnen und Bürger sowie in der Einbeziehung der lokalen Wirtschaft.

Das vorhandene Potenzial von Bürgerinnen und Bürgern soll mit Strategien des Empowerment und der Gemeinwesenarbeit entwickelt werden. Dabei sind weder die Aktivierungsinstrumente wie Beratung, aktivierende Befragungen, Stadtteilspaziergänge und –feste oder Stadtteilzeitungen noch geeignete Beteiligungsformen wie Foren, Runde Tische oder das „Abholen“ von Bewohnerinnen und Bewohner in ihren alltäglichen Problemen etwas Neues. Neu im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ sind jedoch der ganzheitliche Sozialraumbezug dieser Maßnahmen sowie der Anspruch, der Quartiersbevölkerung die Möglichkeit zu geben, Aufgaben in bürgerschaftlicher Selbstorganisation wahrzunehmen. Dazu ist in Teilbereichen die Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen und kommunalen Ressourcen notwendige Voraussetzung.

Mangelnde Entscheidungsbefugnisse auf der lokalen Ebene und damit fehlende Möglichkeiten eines schnellen Handelns waren in der Vergangenheit ein wesentlicher Hinderungsgrund für erfolgreiche Aktivierung und Beteiligung. Es ist daher deutlich geworden, dass zur Aktivierung der Bevölkerung und zur Initiierung eines Selbstorganisationsprozesses die Einrichtung von Verfügungsfonds oder Stadtteilbudgets notwendig ist, aus denen kleinere Projekte und Maßnahmen schnell und unbürokratisch realisiert werden können. Dabei spielt weniger die Summe der verfügbaren Mittel eine Rolle als vielmehr die Möglichkeit, diese Gelder unkompliziert und auf der Basis demokratisch legitimierter Entscheidungsstrukturen vor Ort direkt einsetzen zu können. Verfügungsfonds sind eine wichtige Bedingung für Beteiligung und damit ein zentrales Instrument zur Aktivierung der Quartiersbevölkerung. Da der Einsatz eines Verfügungsfonds eine Machtabgabe nicht nur der Verwaltung, sondern auch

der Lokalpolitik bedeutet, ist es wichtig, die Politik als Partner zu gewinnen, die durch den unmittelbaren Kontakt mit Bürgerschaft und Wirtschaft Einfluss gewinnen und dadurch ihren Machtverlust kompensieren kann. Wenn Politik und Verwaltung frühzeitig in die Entscheidungsfindung einbezogen werden, entstehen keine Parallel-, sondern echte Mitbestimmungsstrukturen „im Schatten der Hierarchie“ von Rat und Bezirksvertretung.

Damit ist ein weiterer innovativer Aspekt des Programms „Soziale Stadt“ angesprochen, denn zum gebietsbezogenen Aufbau von Kooperations- und Beteiligungsstrukturen kommt als neues Element hinzu, dass die Verwaltungen nun auch in ihren Organisationsstrukturen und ihrem internen Management strukturell auf die „neuen“ Formen der Ressourcenaktivierung und –nutzung ausgerichtet sein sollen. Eine effiziente Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ ist darauf angewiesen, dass für die auf lokaler Ebene als erforderlich angesehenen Maßnahmen, Aktivitäten, Mobilisierungs- und Revitalisierungsprozesse auch die geeigneten flexiblen, kooperativen und deregulierten politischen und administrativen Strukturen vorhanden sind oder kurzfristig geschaffen werden können. Das Instrument dazu ist das Quartiermanagement.

4. Quartiermanagement als „Motor“ bürgerschaftlichen Engagements

Das Programm „Soziale Stadt“ sieht Quartiermanagement als einen strategischer Ansatz für den systematischen Aufbau selbsttragender und nachhaltig wirksamer personeller und materieller Strukturen zur Entwicklung eines Quartiers unter gezieltem Einsatz kommunaler Ressourcen, der in eine gesamtstädtische Entwicklungspolitik integriert und bereichsübergreifend angelegt ist. Allgemein sollen durch die Einrichtung eines Quartiermanagements Strategien und Akteure der Quartiersentwicklung integriert und vernetzt, ökonomische und soziale Entwicklungsmaßnahmen miteinander verknüpft sowie die Handlungsmöglichkeiten und –kompetenzen der Bewohner gestärkt werden. Zentrale Aufgabe des Quartiermanagements ist die Aktivierung der Gebietsbewohner, vor allem bisher nicht oder nur schwer erreichbarer Gruppen. Quartiermanager sollten daher über eine vor Ort einzurichtende Anlaufstelle für alle Interessierten erreichbar sein („Stadtteilbüro“).

Für die erfolgreiche Implementierung eines Quartiermanagements müssen einige grundsätzliche Kriterien erfüllt werden, die bereits im „Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative ‚Soziale Stadt‘“ der ARGEBAU zum Programm „Soziale Stadt“ formuliert sind:

- Es sollte ein politischer Beschluss zur Umsetzung eines integrierten Handlungskonzeptes in den Ziel-Wohngebieten vorliegen.
- Mittelfristig - das heißt für mindestens drei bis fünf Jahre – sollten die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Absicherung der Tätigkeiten relevanter Aktionsebenen in Form von Planstellen garantiert sein.
- Folgende *Aktionsebenen* sind bei der Einrichtung eines Quartiermanagements einzubeziehen oder zu entwickeln:

- *Federführende Schnittstelle innerhalb der Verwaltung* mit Befugnissen zum Einsatz kommunaler Ressourcen in Abstimmung mit den zuständigen Fachbereichen/Ämtern (Quartiermanagement: Gebietsbeauftragte/r auf der Verwaltungsebene, Organisation der ämterübergreifenden Zusammenarbeit, Projektsteuerung),
- *Intermediäre Ebene* zur Bündelung und Vermittlung von Bedarfen aus dem Wohngebiet, zur weiteren Mittelakquisition und zur Informationsvermittlung in das Quartier (Quartiermanagement: vertikale Vernetzung zwischen der Verwaltungs-„Fachwelt“ und der „Lebenswelt“ des Quartiers, horizontale Vernetzung zwischen Verwaltung und Politik, Wirtschaft und „Zivilgesellschaft“),
- *Lokale Umsetzungsebene* in Form von Vor-Ort-Büros mit entsprechender Ausstattung und der Hauptaufgabe, die lokale Bevölkerung zu aktivieren (Quartiermanagement: horizontale Vernetzung lokaler Akteure, Aktivierung, projektspezifische Arbeit).

Die Qualifikationsanforderungen für Quartiermanager vor Ort beinhalten vor allem Vertrautheit mit dem Quartier, ausgeprägte soziale Kompetenz und Verhandlungsgeschick sowie ein Grundverständnis wirtschaftlicher Handlungsweisen. Da die Zusammenführung und Koordination von Akteuren und Maßnahmen auf einer starken Vertrauensbasis gründen, muss die personelle Besetzung eines Vor-Ort-Büros Kontinuität aufweisen. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass die Einrichtung eines Quartiermanagements vor Ort gewollt, besser noch aus dem Quartier heraus entwickelt werden sollte.

Die Erzeugung einer „Aufbruchsstimmung“ vor Ort kann nur gelingen, wenn alle Akteure im Quartier frühzeitig eingebunden und bei der Aufgabengestaltung des Quartiermanagements einbezogen werden oder selbst diese Aufgabe übernehmen. Quartiermanagement, Aktivierung und Beteiligung können nur erfolgreich sein, wenn sie auch von Politik und Verwaltung wirklich gewollt sind („Rückendeckung“) – verbunden mit der bereits angesprochenen Abgabe von Macht - und als Chance gesehen werden, die Probleme und Potenziale eines Stadtteils besser erfassen und dadurch zielgerichteter und wirkungsvoller handeln zu können. Nur so ist eine erfolgreiche Arbeit möglich.

Quartiermanagement kann allerdings nicht als Instrument zur Lösung der vielschichtigen, komplexen Probleme eines Quartiers betrachtet werden. Es soll vielmehr Strukturen im Gebiet aufbauen, die ein hohes Maß an Beteiligung und Engagement der verschiedenen lokal wirksamen Akteure und damit Synergieeffekte ermöglichen. Es sollte sich auf der Quartiersebene, nicht aber in der städtischen Organisation und Kompetenzzuordnung als eine zeitlich befristete Einrichtung verstehen.

5. Erfahrungen mit der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“

Aus der programmbegleitenden Arbeit des Difu und als Ergebnis des vom Difu im Oktober 2000 veranstalteten bundesweiten Impulskongresses zum „Quartiermanagement“ lassen sich erste Erfahrungen aus der Programmumsetzung ableiten:

Nach bisherigen Erfahrungen ist der Erfolg von Quartiermanagement davon abhängig, dass politische Beschlüsse über integrierte Handlungskonzepte und neue Kooperationsformen getroffen worden sind und dass es „Rückendeckung“ durch die Verwaltungsspitze erhält. Die Überwindung von Ressortgrenzen und der Aufbau kooperativer Strukturen auf der Verwaltungsebene und mit der Kommunalpolitik sind weitere Voraussetzungen. Erfolgreich sind vor allem Kommunen, in denen alle drei Aktionsebenen des Quartiermanagements in vollem Umfang eingerichtet worden sind. Probleme ergeben sich dort, wo die ämterübergreifende Zusammenarbeit unzureichend organisiert oder lediglich durch Mittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ motiviert ist, die intermediäre Ebene mit „klassischen“ Beteiligungsverfahren zu stark betont wird oder die Aktivierungsarbeit vor Ort einen zu geringen Stellenwert hat.

Die Ambivalenz von Kooperationsbereitschaft und Eigeninteresse vor allem bei im weitesten Sinne wirtschaftlich handelnden Akteuren (freie Träger, Wohnungsunternehmen, gewerbliche Unternehmen) stellt ein weiteres Problem dar. Hier müssen – ähnlich wie beim Konzept der public private partnerships – die Vorteile von Kooperationen erarbeitet werden. Die Einbeziehung der lokalen Wirtschaft ist die Grundlage für Strategien zur Entwicklung neuer Arbeitsplätze, Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen im Stadtteil. Bei der Netzwerkbildung unter Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern kommt es darauf an, offen gegenüber Prozessen und Ideen aus dem Quartier zu sein und einen vielfältigen „Methodenkoffer“ unter Berücksichtigung der örtlichen Ausgangssituation effektiv zu nutzen, was oftmals mit konkreten Projekt-, Zeit- und Output-Vorstellungen der Verwaltung kollidiert. Mangelnde Entscheidungsbefugnisse und das Fehlen eines Verfügungsfonds erschweren die Arbeit.

Verschiedene Beteiligungs- und Aktivierungsmethoden können erfolgreich sein; entscheidend ist jedoch, dass die entsprechenden Maßnahmen auf das jeweilige Gebiet und deren meist heterogene Bewohnerschaft zugeschnitten sind. Eine einfache Übertragung von Erfahrungen aus anderen Gebieten funktioniert meist nicht. Insgesamt gilt, dass hinsichtlich der Realisierung von Bewohnerwünschen keine Illusionen erzeugt werden dürfen und dass Verfahren transparent sein müssen. Wichtige Voraussetzungen für Beteiligung und Aktivierung der Quartiersbevölkerung sind eine kontinuierliche Präsenz von Fachleuten vor Ort sowie offene Anlaufstellen mit niedrighschwelligem Angeboten.

6. Die Zukunft bürgerschaftlichen Engagements im Rahmen integrierter Stadtteilentwicklung

Die Zukunft bürgerschaftlichen Engagements kann im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ in folgenden Punkten liegen:

- Bürgerschaftliches Engagement dient Politik, Verwaltung und anderen lokal wirksamen Akteuren als wichtiges Korrektiv, Innovations- und Problemlösungspotenzial.

- Ideen, Projekte und Initiativen „von unten“ finden in neuen, gebietsbezogenen Kooperationsformen von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und „Zivilgesellschaft“ ein umsetzungsorientiertes und vergleichsweise „entbürokratisiertes“ Forum.
- Bürgerschaftliches Engagement im Stadtteil wird durch Entscheidungsbefugnisse und die Verfügung über materielle Ressourcen durchsetzungsfähig.

Bürgerschaftliches Engagement ist die Voraussetzung für den Aufbau von selbsttragenden Strukturen im Stadtteil.

Teil II "Stärkung der Bürgerbeteiligung durch IuK-Technologien und Neue Medien, am Beispiel der MEDIA@Komm-Projekte"

Dr. Busso Grabow/Uwe Krüger, Deutsches Institut für Urbanistik

1. Bürgerbeteiligung durch IuK-Technologien und Neue Medien - eine Einordnung

Mit der Ausbreitung der interaktiven digitalen Telekommunikationsmedien stellt sich zunehmend die Frage, inwiefern diese zur Ausübung staatsbürgerlicher Rechte für „die bisher in Passivität verharrende Masse der normalen Bürger“¹ nutzbar gemacht werden können. Viel stärker als in Deutschland werden im Mutterland des Internet, den USA, bereits die Folgen einer in unmittelbare Zukunft gerückten „elektronischen Republik“ mit neuen Formen von Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie diskutiert.

Dem Internet kommt seit Mitte der 90er Jahre eine wichtige Rolle in diesem Prozeß zu, weil es effiziente Beteiligungsmöglichkeiten eröffnet. Aufgrund seiner dezentralen Struktur sind im Internet im Gegensatz zu streng hierarchischen Strukturen der traditionellen Medien demokratische Tendenzen angelegt. Insbesondere die Potentiale zu interaktiver und abwägender Meinungsbildung, zum Bereitstellen einer umfangreichen Wissens- und Informationsbasis sowie zu anschaulicher und attraktiver Darstellung kommen der Idee des „informierten Bürgers“ in der Mitwirkungs- und Beteiligungsdemokratie entgegen.


Allerdings zeichnen sich kaum mehr als erste Umrisse davon ab, welche Bedürfnisse Nutzer bezüglich einer elektronischen Beteiligung auf lokaler Ebene entwickeln und praktiziert sehen wollen. Mit einem Wandel hin zu einer elektronischen Abstimmungskultur sind Möglichkeiten zu elektronischer Direktabstimmung übers Netz verbunden, die die Gefahr bergen, daß kurzfristige Ziele langfristig vernünftigen, politischen Strategien geopfert werden. Und auch die Frage, ob die kommunalen Entscheidungsträger überhaupt bereit sind, sich stärker als bisher dem Urteil der Bürger zu stellen, bleibt vor dem Hintergrund der jungen Erfahrungen noch unbeantwortet.²

¹ L.K. Grossmann, Der Traum des Nebukadnezar. Demokratie in der Ära des Internet. In: Claus Leggewie. und Christa Maar (Hrsg.), Internet&Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie. O.O. 1998, S. 96.

² Vgl. Holger Floeting und Busso Grabow, Städte am Netz. In: Claus Leggewie. und Christa Maar (Hrsg.), Internet&Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie. O.O. 1998, S. 270 f.

Grundsätzlich ist zwischen internetgestützten Beteiligungsformen oder Formen des Plebiszits zu differenzieren, *für die ein gesetzlicher Rahmen vorgegeben ist* oder geschaffen werden kann/sollte - hier stellt sich die Frage nach gesetzlichen Anpassungen - und *informellen Beteiligungsformen* vor allem im Rahmen neokorporativer und zivilgesellschaftlicher Ansätze. Zu den erstgenannten gehören etwa Beteiligungen im Rahmen der Bauleitplanung, passive Beteiligungen im Rahmen von UVP-Verfahren, aber auch Beteiligungs(-rechte) im Rahmen der Gemeindeordnungen, wie z.B. der Bürgerantrag in Baden-Württemberg oder Niedersachsen, Bürgerentscheide und Bürgerbegehren. Online-Wahlen sind die formal anspruchsvollste Form möglicher Demokratieausübung über das Internet. Ob das Internet noch ganz neue, vielleicht noch zu entwickelnde Ansätze ermöglicht, und welche das sein könnten, soll hier nicht näher betrachtet werden. Reizvoll wäre es sicherlich, sich von den technischen Möglichkeiten inspirieren zu lassen. Zu den informellen Beteiligungsformen, die internetgestützt ablaufen können, gehören etwa Bürgerversammlungen, Mediationen, Konferenzen (z.B. Gesundheitskonferenz), Runde Tische oder Lokale Agenda-Prozesse. Darüber hinaus gibt es schließlich die unstrukturierte Eröffnung größerer netzgestützter Beteiligungsmöglichkeiten durch Informationsangebote, Chats, Internetforen und vieles mehr.

Neben der Unterscheidung nach dem Formalisierungsgrad der internetgestützten Bürgerbeteiligung ist die Systematisierung nach Funktionen (des Instruments Internet und Neue Medien) und nach den Zielen hilfreich und notwendig für die Bestandsaufnahme und die Diskussion der zukünftigen Potentiale.

Funktionen	Ziele
<p>Information</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Information ▪ Transparenz schaffen ▪ Umfrageinstrument (Verwaltung) <p>Kommunikation</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Planungs- und Gestaltungsinstrument ▪ Direkter Dialog mit Verwaltung und politischen Entscheidungsträger ▪ Dialog zwischen Bürgern und gesellschaftlichen Akteuren <p>Transaktion</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Wahlen ▪ ... 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Partizipation (instrumentelle, normative) ▪ Qualitätskontrolle kommunalen Handelns und kommunaler Politikentscheidungen ▪ Förderung der Akzeptanz kommunalen Handelns und kommunaler Politikentscheidungen ▪ Integration ▪ Förderung bürgerschaftlichen Engagements ▪ Entscheidungshilfe/Katalysator 

Quelle: Eigene Darstellung

Handlungsfelder des Staates und hier im Speziellen der Kommunen und kommunaler Akteure liegen etwa in der Bereitstellung von relevanten Informationen für politische und gesellschaftliche Beteiligung, der Einrichtung/Spezifizierung von Plattformen im Netz, der Moderation von internetgestützten Beteiligungsprozessen, der Schaffung von Kommunikationskanälen, der Durchführung von Beteiligungsverfahren, der Schaffung von Zugängen und rechtlichen Anpassungen.

2. **Bürgerbeteiligung in den Projekten des Städtewettbewerbs Multimedia MEDIA@Komm**

Der Städtewettbewerb Multimedia MEDIA@Komm des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) hat die Zielsetzung, die Entwicklung und Nutzung des elektronischen Rechts- und Geschäftsverkehrs in Deutschland voranzutreiben. Durch die Förderung von Modellprojekten, die zu übertragbaren Pilotlösungen für andere Kommunen führen sollen, soll aufgezeigt werden, wie das kommunale Leben teilweise in das multimediale Netz verlagert werden kann. Der zum jetzigen Zeitpunkt besondere Anspruch liegt darin, dass die Interaktionsmöglichkeiten zwischen Bürgern, Rathäusern und Marktplätzen sicher und rechtsverbindlich realisiert werden sollen. Hierfür spielt die breite Einführung und Nutzung der digitalen Signatur eine große Rolle. Die Preisträger sind Bremen, Esslingen und Ostfildern sowie der Städteverbund Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach und Bayreuth.

Hinsichtlich der Fragestellung nach der "Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements" sind Teile der Konzeption der Preisträger Esslingen und Ostfildern besonders hervorzuheben. Durch die Realisierung dieser Konzeptbausteine soll die "Bürgerkommune im Netz" verwirklicht werden. Konkret bedeutet dies, dass im Rahmen von Mediakomm Esslingen unter anderem auch neue Beteiligungsformen für Bürgerinnen und Bürger durch den Einsatz der IuK-Technologien entwickelt und erprobt werden sollen.

Ein Beispiel sind die im Sommer 2001 stattfindenden Jugendgemeinderatswahlen, durch die erstmals in Europa ein öffentliches Gremium rechtsverbindlich auch über das Internet gewählt werden kann. "Insgesamt 300 wahlberechtigte Jugendliche werden im Mai dieses Jahres im Rahmen des Multimedia-Projektes Mediakomm kostenlos eine Signaturkarte erhalten. Sie kann im Juni zunächst zur Nominierung der Kandidatinnen und Kandidaten eingesetzt werden, bevor dann am 11. und 12. Juli die eigentliche Wahl von zu Haus aus oder von öffentlichen Wahlräumen aus möglich ist."³

Ein weiteres Beispiel sind seit April 2001 neue Webforen für den Dialog von Bürgern untereinander bzw. mit der Verwaltung. Hierdurch sollen den Bürgerinnen und Bürgern, die sich etwa bislang aus zeitlichen Gründen nicht aktiv an einer Diskussion über aktuelle kommunalrelevante Themen beteiligen konnten, neue Beteiligungsmöglichkeiten eröffnet werden - online und zu jeder Tageszeit, an sieben Tagen in der Woche. Um die Qualität der Kommunikation zu gewährleisten, werden die einzelnen Foren moderiert. Das Forum "Lokale Agenda und bürgerschaftliches Engagement" wird vom Haupt- und Personalamt sowie vom Büro des Oberbürgermeisters betreut, während das interne Mitarbeiterforum vom Gesamt-Personalrat der Stadtverwaltung moderiert wird.

Zum jetzigen Zeitpunkt sollen diese Angebote einen doppelten Zweck erfüllen. Neben den jeweiligen Funktionalitäten selbst soll zunächst einmal auch bei den potentiellen Nutzerinnen und Nutzern, der Esslinger Bevölkerung, das Interesse für die Möglichkeiten der Nutzung der Technik geweckt werden. Dieses Interesse und eigene - im besten Falle positive - Erfahrungen mit der Anwendung sollen die Voraussetzung für die Akzeptanz der Online-Angebote sein. Diese Akzeptanz gilt es zu erzielen, um nicht zuletzt auch die Investitionen für die Bereitstellung der Online-Angebote legitimieren zu können.

³ Vgl. http://www.mediakomm.net/preistraeger/esslingen/presse/presse_essl_wahl_28_03_01.html
18.04.2001).

Die Realisierung der Angebote bzw. die Angebote selber befinden sich zur Zeit in der Erprobungsphase. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass gerade die Sicherstellung der Ansprüche an Sicherheit und Rechtsverbindlichkeit zunächst nicht erwartete Schwierigkeiten mit sich brachte. Die zu beseitigenden Hemmnisse sind und waren ganz unterschiedlicher Natur. Angefangen von erforderlichen Änderungen der Wahlordnung bis hin zu technischen Lösungen für die Wahrung des Datenschutzes für Online-Wähler reicht hier das Spektrum der zu bewältigenden Aufgaben.

Ungeachtet solcher Anlaufschwierigkeiten sollen diese Pilotanwendungen nur der Anfang einer Reihe von weiteren vergleichbaren Angeboten sein. Erste Überlegungen zielen darauf ab, die Erfahrungen mit der Jugendgemeinderatswahl zu nutzen und darauf aufbauend in einem folgenden Schritt die Online-Beteiligung an der Europawahl anzubieten. "Wesentlich komplizierter wäre dagegen aufgrund des Wahlsystems die Online-Abwicklung von Kommunalwahlen. Das ist eine echte Herausforderung."⁴

Die Aktivitäten in Bremen beinhalten die Schaffung von öffentlichen Zugangsmöglichkeiten an Hochschulen sowie von betreuten Nutzerplätzen in den Stadtbibliotheken. Die konzipierten Betreuungs- bzw. Schulungsangebote werden für wichtig erachtet, um auch im Hinblick auf weitere Zugangsdimensionen wie etwa Zugang zu Medienkompetenz (technische Nutzungskompetenz und inhaltliche Recherche-, Navigations- und Bewertungskompetenz) oder Zugang zu (Selbst-) Schutzmaßnahmen wie Elektronische Unterschrift, Verschlüsselung, Filtersoftware, Anonymisierungsmaßnahmen usw.⁵ den potentiellen Nutzern insbesondere in der Einführungsphase der Online-Angebote mit Rat und Tat zur Seite stehen zu können. Diese Hilfestellungen und Dienstleistungen werden als wichtige Voraussetzung zur Erreichung einer breiten Akzeptanz von Online-Angeboten generell angesehen.

Auch die Konzeption von Nürnberg und den Partnerstädten beinhaltet Aktivitäten zur Förderung von Zugangsmöglichkeiten zu den Online-Angeboten. Neben internetfähigen PCs in öffentlichen Einrichtungen und öffentlich zugänglichen Terminals (Kioske) sollen hier weitere Möglichkeiten wie TV- und Telefonzugänge sowie Zugänge über Mobiltelefone erprobt werden. Im Planungsstadium befinden sich derzeit auch noch die Teilprojekte "Bürgerbeteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen" (Pilot: Kommunale Bauplanungsprozesse) und "Stadtratsarbeit", durch das Informationen für Bürger über die Stadtratsarbeit vermittelt werden sollen. Zudem sind hierbei Chat-Rooms für den direkten Dialog vorgesehen.

3. Weitere Aktivitäten in den Kommunen

Mit Ausnahme des Preisträgers Esslingen hat - wie beschrieben - keine der MEDIA@Komm-Städte einen ausgewiesenen Arbeitsschwerpunkt im Bereich Bürgerbeteiligung/Bürgerengagement. In anderen Städten außerhalb von MEDIA@Komm gibt es, wenn auch noch sporadisch, weiterentwickelte Aktivitäten. Ausgewählte "gute Beispiele" wurden Anfang dieses Jahres auf dem Workshop "Bürgerbeteiligung per Internet - Von der Vision zur Wirklichkeit" vorgestellt und diskutiert. Dieser Workshop wurde von der Arbeitsgruppe Demokratie und Verwaltung im Forum Informationsgesellschaft (BMW) in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Deutschen Institut für Urbanistik vorbereitet und durch-

⁴ Ebenda.

⁵ Vgl. *Herbert Kubicek*, Was versteht man unter allgemeinem Zugang und worauf kommt es an?. In: Herbert Kubicek u.a. (Hrsg.), [Multimedia@Verwaltung](#). Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft 1999, Heidelberg 1999, S. 332-338.

geführt. Vorgestellt wurden z. B. Projekte von Kommunen, die ihre Bebauungspläne im Internet zur Diskussion stellen (Bremerhaven, Düsseldorf und Osnabrück), das Bürgernetz in Münster, die Unterstützung lokaler Agenda-21-Prozesse in Bremen sowie eine Bürgerbefragung in Weinstadt. Darüber hinaus wurden verschiedene Softwaresysteme für die Unterstützung solcher Prozesse präsentiert. Der Berliner Beauftragte für Datenschutz und Akteneinsicht, Prof. Dr. Hansjürgen Garstka, und Wissenschaftler verschiedener Disziplinen berichteten über ihre Erfahrungen mit Beteiligungsangeboten. Demnach variiert die Inanspruchnahme durch die Bürger nach Themen, Anlässen und Betroffenengruppen. Entscheidend sei allerdings letztlich, was und wie viel die Betroffenen mit dieser Beteiligung bewirken können. Der begonnene Erfahrungsaustausch soll bei einem weiteren Treffen fortgesetzt werden, auch um ein gemeinsames Verbundprojekt zu beraten.⁶ Der Prototyp eines Beteiligungsservers im Internet⁷ soll dazu dienen, konkrete Anforderungen an dieses Projekt zu formulieren.

Dass Bürgerbeteiligung in der Rangfolge der Zielsetzungen kommunaler Entscheidungsträger und Fachverantwortlicher bei der Einführung "virtueller Rathäuser" nicht ganz vorne steht, zeigen die Ergebnisse einer großangelegten Städteumfrage, die im November/Dezember 2000 bei allen Städten und Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern durchgeführt wurde (vgl. Abbildung 1).⁸

Zwar spiegelt sich in den Zielen, die die Städte und Gemeinden mit ihren E-Government-Aktivitäten verfolgen, der Wandel ihres Selbstverständnisses wider: Bürgerorientierung steht im Vordergrund. Verblüffend deutlich ist das Übergewicht der „kundenorientierten“ Ziele gegenüber den Binnenzielen der Verwaltungsmodernisierung. Die Optimierung der Dienstleistungsqualität für den Bürger, die Verbesserung der Erreichbarkeit für den Bürger und die Ziele zur Stärkung des Unternehmensstandorts werden am häufigsten als „sehr wichtig“ genannt. Allerdings bestätigt sich auch ein Bild aus der Bestandsaufnahme des Difu aus dem Jahr 1997: die Stärkung der demokratischen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger wird zwar in vielen Kommunen ebenfalls als wichtig eingestuft, wird aber in der Rangfolge der Ziele als eher zweitrangig angesehen. So werden unter den allgemeinen Zielen die höhere Transparenz von Verwaltung und Politik wie auch die Beschleunigung des Weges zur kooperativen Stadt am wenigsten wichtig eingeschätzt (obwohl immer noch von knapp jedem zweiten Befragten als sehr wichtig); die Vergrößerung der Partizipationsmöglichkeiten mit Hilfe des Netzes wird nur von jedem Dritten als sehr wichtig angesehen. Ursachen dafür liegen vermutlich in dem grundsätzlichen Zweifel, inwieweit Bürger überhaupt noch für die Mitgestaltung des Gemeinwesens Stadt zu motivieren sind, und an der fehlenden Phantasie, wie Internet und neue Medien neue Qualitäten von Bürgermitwirkung fördern könnten.

Elektronische Angebote zur Bürgerbeteiligung sind, verglichen mit anderen elektronischen Dienstleistungen, die teilweise bereits komplett medienbruchfrei angeboten werden, in den Städten und Gemeinden bisher auch kaum realisiert und wenig geplant (vgl. Abbildung 2). Informations- und Kommunikationsangebote im Feld der Stadtentwicklung/städtebaulichen Planung sowie informelle Partizipationsmöglichkeiten finden sich auf den Rängen 16 und 18 (unter 25 aufgelisteten möglichen Anwendungsbereichen), formale Beteiligungsmöglichkeiten, die auch entsprechende gesetzliche Voraussetzungen erfordern, auf den Plätzen 22 bis

⁶ Auszug aus der Pressemitteilung des BMWi vom 2.2.2001; vgl. <http://www.bmwi.de/Homepage/Presseforum/Tagesnachrichten/2001/11089.jsp#tm2>.

⁷ <http://www.beteiligungsserver.de>.

⁸ Die Befragung ist Bestandteil der Begleitforschung *MEDIA@Komm*; die ersten Ergebnisse sind unter www.mediakomm.net veröffentlicht.

24. Durchgängig ist man hier von der Umsetzung also noch viel weiter entfernt als in vielen anderen Feldern des e-government auf kommunaler Ebene.

Die nachrangige Priorität in den Zielen und die Zurückhaltung in der Umsetzung von netzgestützten Bürgerbeteiligungslösungen steht in gewissem Widerspruch zu den Erwartungen der Oberbürgermeister und der Fachverantwortlichen im Zusammenhang mit E-Government und virtuellen Rathäusern. Als Folge der interaktiven Online-Verwaltung wird ein deutlich stärkeres Bürgerengagement erwartet (vgl. Abbildung 3). Die Potenziale einer besseren Informiertheit und Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern durch die neuen Medien werden offensichtlich erkannt. Ob man sie, und das zeigen die anderen Ergebnisse der Bestandsaufnahme, auch aufzugreifen und umzusetzen bereit ist, muß allerdings noch skeptisch beurteilt werden.

Abbildung 1

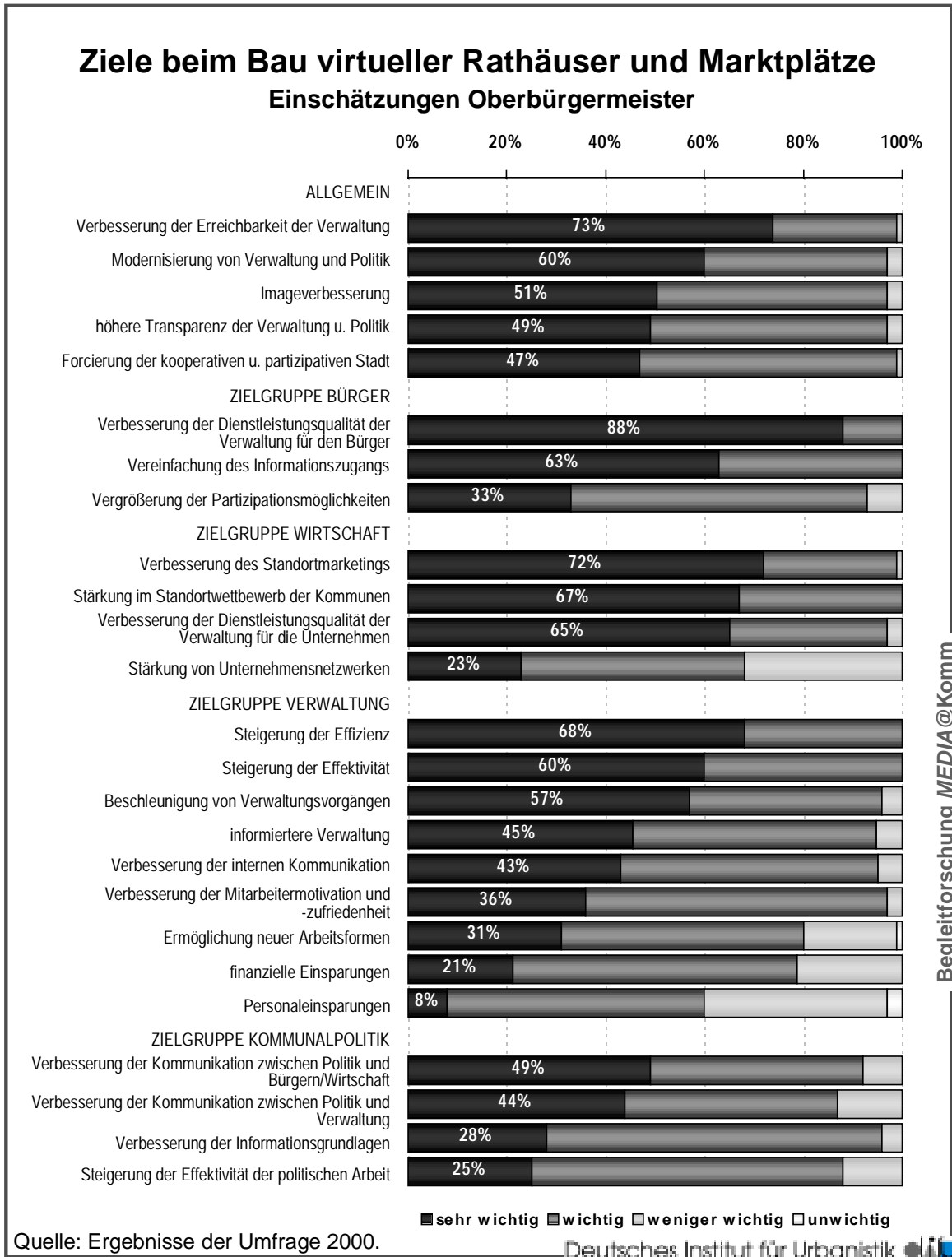


Abbildung 2

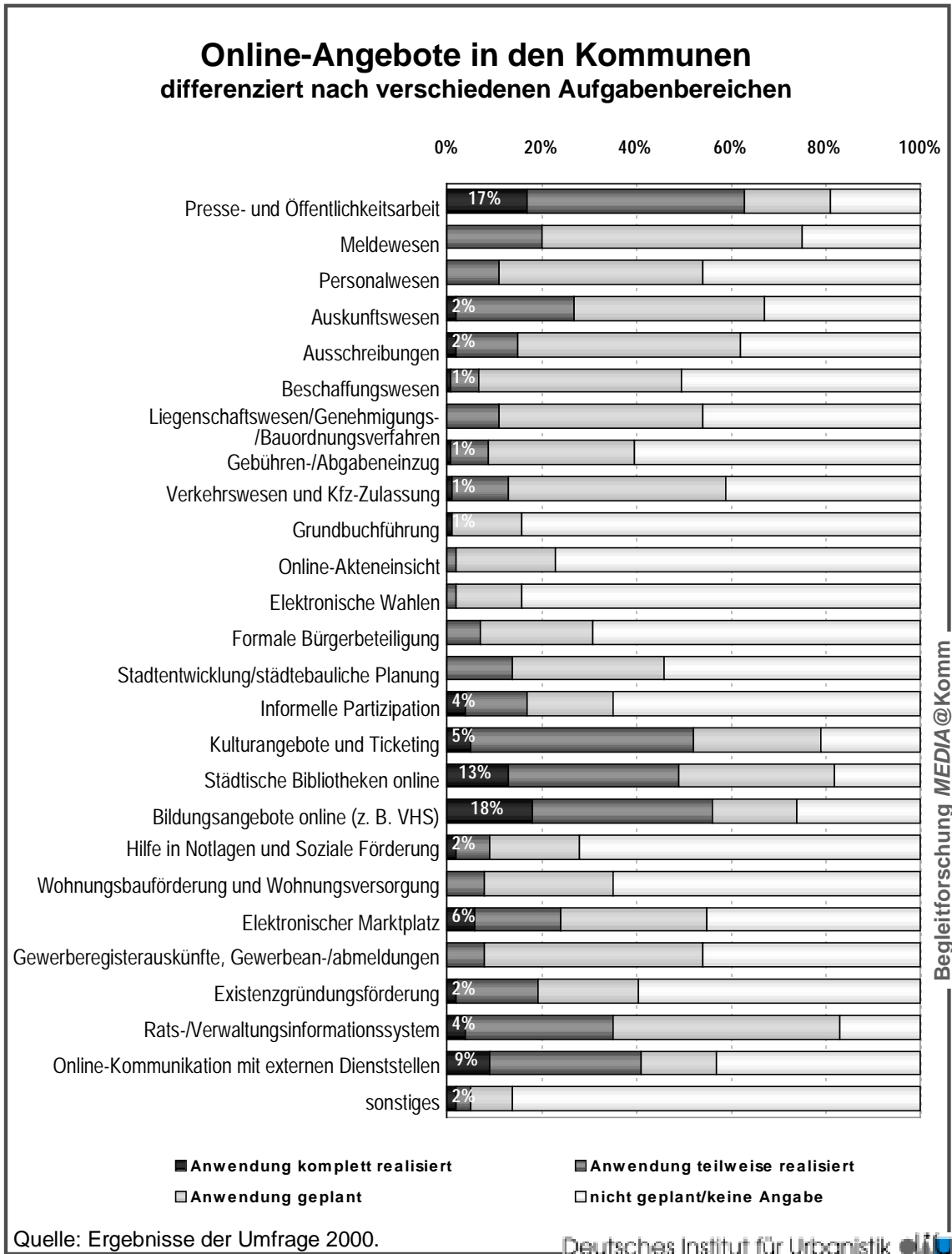


Abbildung 3

